



# Presseinformation

Wiesbaden, 29. April 2015

## HINZ UND AL-WAZIR FÜR MEHR LÄRMSCHUTZ „BÜRGERINNEN UND BÜRGER EMPFINDEN VER- KEHRSELASTUNG IMMER STÄRKER“

Hessens Umweltministerin Priska Hinz und Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir fordern einen höheren Stellenwert für den Schutz vor Verkehrslärm: „Lärm ist ein unterschätztes Gesundheitsrisiko, und der Verkehr ist sein Hauptverursacher“, erklärten beide aus Anlass des Tags des Lärms am Mittwoch. „Die Landesregierung nutzt daher alle rechtlichen Spielräume, um den Lärmschutz zu verbessern. Vom Bund verlangen wir, dass er das ebenfalls tut und insbesondere die Nachtruhe besser schützt als bislang.“

Beide wiesen auf Erhebungen des Umweltbundesamts hin, nach denen jeder zweite Deutsche über Straßenlärm klagt. „Die Bürgerinnen und Bürger empfinden die Belastung immer stärker. Die bundesgesetzlichen Regelungen halten mit dieser Entwicklung aber nicht Schritt. Die Vorschriften von der Immissionsschutzverordnung bis zum Fluglärmschutzgesetz müssen dringend überarbeitet werden.“

Als wichtige Wegmarke bezeichnete Verkehrsminister Al-Wazir die in der vergangenen Woche begonnene Erprobung siebenstündiger Lärmpausen am Frankfurter Flughafen: „Unterm Strich schafft das Modell für 40 000 Bürgerinnen und Bürger eine zusätzliche Stunde Lärmpause über das Nachtflugverbot hinaus. Wir werden

diesen Weg konsequent weitergehen und im kommenden Jahr ein Modell für eine Lärmobergrenze vorlegen. Hessen leistet Pionierarbeit in der Fluglärmbekämpfung.“

„DIE LANDESREGIE-  
RUNG NUTZT ALLE  
RECHTLICHEN  
SPIELRÄUME, UM  
DEN LÄRMSCHUTZ  
ZU VERBESSERN.“

„Wissenschaftliche Studien belegen, wie groß der negative Einfluss von Lärmbelastungen auf die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger ist“, sagte Umweltministerin Hinz. „Vor diesem Hintergrund bleibt es mir unverständlich, warum sich der Bund so schwer tut, angemessen auf die wachsende Lärmbelastungen, gerade im Bereich des Schienen- und Straßenverkehrs, zu reagieren. Der Lärm macht die Menschen krank, und die Politik muss handeln und dafür Sorge tragen, dass die Gesundheit, allen notwendigen wirtschaftlichen Entwicklungen zum Trotz, nicht auf der Strecke bleibt.“

Al-Wazir appellierte an den Bund, das 68,2-Millionen-Euro-Programm für Lärmschutz im Mittelrheintal umzusetzen. „Wir sind in guten Gesprächen mit dem Bund, wie die Finanzierungsprobleme ausgeräumt werden können. Die Situation duldet keinen Aufschub, die Belastung durch Güterzüge hat in den Orten am Mittelrhein unerträgliche Ausmaße erreicht.“

Der „Tag gegen Lärm“ wird in Deutschland seit 1998 begangen. Die Deutsche Gesellschaft für Akustik (DEGA) informiert mit dieser Aktion über Lärmbelastung und ihre Folgen.

---

KONTAKT: Wolfgang Harms, Pressestelle  
Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung  
Kaiser-Friedrich-Ring 75, 65185 Wiesbaden  
TEL: 0611 815 2021 MAIL: [wolfgang.harms@wirtschaft.hessen.de](mailto:wolfgang.harms@wirtschaft.hessen.de)  
[www.wirtschaft.hessen.de](http://www.wirtschaft.hessen.de)